

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schluß des Landtags.

Mißtrauensvotum abgelehnt. — Kommunistisch-deutschnationale Einheitsfront.

Der Landtag trat heute zu seiner letzten Sitzung zusammen. Der Eintritt in die Tagesordnung tritt Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf den Ausführungen des Abg. v. d. Osten über die Stellung des Landwirtschaftsministers zu den Vorklagen entgegen. Er erklärt, er habe nicht nur an der Abstimmung des Staatsministeriums teilgenommen, sondern auch persönlich seinen Standpunkt eingehend dargelegt und begründet und über seine Auffassung keinen Zweifel gelassen. Für das Verfahren des Abg. v. d. Osten gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder er habe nicht gewußt, was sich im Plenum abspielt habe — dann hätte er fahrlässig gehandelt; das wäre für einen Führer der Deutschnationalen Volkspartei höchst eigenartig —, oder aber seine Ausführungen seien un wahr, und der Minister könne ihm dabei nicht einmal nur objektive Unwahrheit zubilligen. (Großer Lärm v. d. Deutschnationalen.)

Abg. v. d. Osten (Dnat.) hält es für unter seiner Würde, auf die letzte Zeuerung des Landwirtschaftsministers einzugehen. (Sehr richtig! b. d. Dnat.) Er müsse bei seiner Behauptung bleiben, daß der Landwirtschaftsminister in der entscheidenden Sitzung nicht anwesend gewesen sei und nicht seine ganze Kraft dafür eingesetzt habe. Er, Redner, habe also durchaus die objektive Wahrheit gesagt. Ministerpräsident Braun legt die Vorgänge im Staatsministerium bei der betreffenden Abstimmung dar. Den Landwirtschaftsminister treffe jedenfalls nicht der geringste Vorwurf.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Der Abg. v. d. Osten scheint ein sehr kurzes Gedächtnis zu besitzen. Er hat gestern nicht gesagt, der Minister habe an der entscheidenden Sitzung nicht teilgenommen, sondern er hat davon gesprochen, daß der Minister in einer so entscheidenden Frage nicht seine ganze Kraft eingesetzt habe.

Abg. Milberg (Dnat.) tritt den Ausführungen seines Parteifreundes bei.

Ministerpräsident Braun wiederholt, daß die Frage des Schußzolls im Staatsministerium eingehend erörtert wurde.

Nach Ausführungen des Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) hebt Abg. Geze (Soz.) hervor, daß sich die sozialdemokratischen Minister wie die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Schußzoll eingesetzt hätten.

Das Mißtrauensvotum abgelehnt.

Darauf wird die Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun, den Innenminister Severing, den Handelsminister Siering und den Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf vorgenommen.

Bei der namentlichen Abstimmung über das Mißtrauensvotum für den Ministerpräsidenten Braun werden 273 Stimmen abge-

geben. Das Mißtrauensvotum wird mit 192 Stimmen gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei zwei Enthaltungen abgelehnt. (Beifall v. d. Mehrheit.)

Das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing wird mit 205 gegen 80 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Das Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister Siering verfiel ebenfalls der Ablehnung. Dafür stimmten 79 Abgeordnete, dagegen 198. Einer enthielt sich der Abstimmung.

Es folgt dann die letzte und vierte Abstimmung gegen den demokratischen Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf. Auch dieses Mißtrauensvotum wird mit 197 gegen 82 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Vizepräsident Garnich stellte das fest und erbat die Ermächtigung für das Präsidium, den Landtag bis zum 6. Dezember noch einmal einzuberufen, falls die politischen Verhältnisse das erforderlich machen.

Das Haus stimmte diesem Vorschlag zu. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. In diesem Augenblick erhob sich auf der Publikumstribüne ein junger Mann und warf mit lautem Jure ein großes Stück kommunistischer Flugblätter in den Saal. Die Tribünen wurden darauf geräumt, während der Sitzungssaal sich langsam leerte.

Schluß gegen 12 Uhr.

Landtagsschluß in Hessen.

Neuwahl am 7. Dezember.

Darmstadt, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite hessische Landtag hielt am Donnerstag seine letzte Sitzung ab, in der auf sozialdemokratischen Antrag noch der Beschluß gefaßt wurde, die Regierung zu ersuchen, den Fürsorgeverbänden Anweisungen zur Vinderung der Not der Fürsorgeberechtigten zu geben und die notwendigen Mittel vom Staat zur Verfügung zu stellen. In seiner Schlußansprache sagte der Präsident, Genosse Adeling, die wichtigsten Arbeiten, die der Landtag erledigt hat, zusammen und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und den Volksstaat Hessen, in das alle Abgeordneten einstimmten mit Ausnahme der Kommunisten, die sitzen blieben und während der Rede des Präsidenten sich in Zwischenrufen austobten. Der am 7. Dezember neuzuzählende dritte Landtag des Freistaates Hessen wird kraft eigenen Rechts am 28. Dezember zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Schwarz-Rot-Gold in Köln.

Starke Beteiligung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Köln, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das bekanntlich im britisch besetzten Gebiet mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, trat in den letzten Tagen in Köln mit Propagandaveranstaltungen zum ersten Male an die Öffentlichkeit. In den Versammlungen sprachen Vertreter der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokratie. In den einzelnen Stadtteilen wurden starke Kameradschaften gebildet. Das Reichsbanner wird im kommenden Wahlkampf sich im Kölner Bezirk vor allem den Schutz der Wahlversammlungen der republikanischen Parteien zur Pflicht machen, weil gerade hier bei den Wahlen im Mai der Versammlungsterror von linksradikaler Seite besonders stark war.

Die Schützöllner an der Arbeit.

Tagung des Landwirtschaftsrats.

Der Landwirtschaftsrat setzte seine außerordentliche Plenarversammlung mit einer öffentlichen Tagung fort, auf der der Vorsitzende Brandes ein Schützöllnsystem forderte, das über das Bülow'sche hinausgeht. Als Regierungsvertreter sprach Landwirtschaftsminister Ranft. Graf Rezsferint trat nicht nur für landwirtschaftliche, sondern auch für Industriehütten ein. In einer Entschließung wurde demgemäß die Wiederherstellung und Verstärkung des Zollschutzes der gesamten deutschen Arbeit als ein Gebot nationaler Selbsterhaltung bezeichnet. Die Resolution läßt deutlich erkennen, daß gewisse Teile der Industrie mit der Landwirtschaft zusammenarbeiten, um erhöhte Zölle durchzusetzen.

Einheitsfront der Beamten und Arbeiter.

Gestern traten die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamenschaft zu einer Konferenz zusammen, in der man erneut zur Frage einer Gehaltserhöhung Stellung nahm. Von allen Seiten wurde betont, daß angesichts der fortschreitenden Teuerung und des sich vergrößernden Mißverhältnisses zwischen den Bezügen der Beamenschaft und den Lebenshaltungskosten eine durchgreifende Gehaltserhöhung unvermeidlich und unaußschießbar sei. Es müsse alles geschehen, um in diesem Sinne auf die Regierung einzuwirken. Nach längerer Aussprache wurde dann der Beschluß gefaßt, eine Deputation zum Reichsfinanzminister zu entsenden, die diesen die Forderung der Beamtenorganisationen auf Anberaumung von Besoldungsverhandlungen unterbreiten soll. Gleichzeitig wurde beschlossen, diese Aktion nach Möglichkeit in gemeinsamer Front mit der Arbeiterschaft durchzuführen.

Geheimnis des Geheimbundes.

Eine Komödie vor Gericht.

Was sich vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in den letzten Tagen abspielte, bestärkt unsere Vorhersage, daß diese Verhandlung keinerlei Enthüllungen bringen würde, es sei denn, daß man die „Verdienste der Organisation C um das Vaterland“ in bengalische Beleuchtung rücken würde. Das ist freilich in hervorragendem Maße geschehen. Von einer Zeugenvernehmung weiß der Prozeßbericht nichts zu melden. Die ganze Erörterung, die vor Gericht gepflogen wurde, erstreckte sich auf freundschaftliche Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden und den Angeklagten. In allen entscheidenden Punkten beriefen sich die O.C.-Männer auf ihre Verhandlungen, die in der Geheimfugung unter Ausschluß der Öffentlichkeit gepflogen wurden. Da diese geheime Verhandlung angeblich erfolgte, um nicht die Sicherheit des Staates zu gefährden, so kann über sie in der Öffentlichkeit nicht gesprochen werden. Für die Beschuldigten aber hat das den Vorteil, daß sie sich in den Mantel der Tugend hüllen und den Anschein erwecken können, als ob sie die treuesten und biedertesten Beschützer des Reiches wären, das sich durch seine Weimarer Verfassung zur Republik erklärt hat.

Aus gelegentlichen Andeutungen der Verteidiger aber geht zur Genüge hervor, worauf die Angeklagten hinauswollen. Sie suchen den Anschein zu erwecken, als ob sie auf Veranlassung der Regierung oder einer der Regierung nahestehenden Stelle ihren Geheimbund geschaffen hätten aus irgendwelchen wirklichen oder vermeintlichen militärischen Gründen heraus. Der Verteidiger Sad hat gestern ausdrücklich gesagt: „1921 wurde die O. C. von der Regierung, als durch den Polenaufruf die Ministerfessel wackelten, gerufen, um zu helfen.“ An anderer Stelle der Verhandlung war die Rede von der Gründung eines „Regiments Süd“ und über Verhandlungen mit den überschleffischen Schutzverbänden. Schließlich hat die Verteidigung sogar beantragt, den Reichspressechef Spieker als Zeugen zu laden über den Inhalt der Verhandlungen, die mit der Leitung des Geheimbundes in Breslau geführt worden seien.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft schien gegen diese Vorstöße der Verteidiger vollständig in die Verteidigungslinie gedrängt worden zu sein. Kein Beweisantrag von seiner Seite deutete auf die Verbindungen der Rathenau-, der Erzberger-Mörder und der Scheidemann-Attentäter mit der angeklagten „Organisation Consul“ hin. Nur in nebelhafter Ferne tauchte die Erinnerung daran auf, daß schon früher die Tätigkeit der Ehrhardt-Banden vor Gericht eine Rolle gespielt habe. Kein Wort von all den Memoranden, die im Laufe der Jahre unter Anklage gestanden haben und zur Verurteilung führten. Kein Wort von den Feststellungen, die der Staatsgerichtshof selbst im Falle Lechow und der Scheidemann-Attentäter traf. Kein Wort von der Entrüstung, die Oberreichsanwalt Ebermeyer bei früheren Prozessen zum Ausdruck brachte! Dafür aber überraschte der Vorsitzende mit der Verlesung eines Teiles der „geheimen“ Anklageschrift, eines Teiles, der einem Plädoyer für die O.C. und für die Angeklagten so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen.

Das Gericht hat leider den Antrag der Verteidigung abgelehnt, die ganze Anklageschrift oder doch ihre wesentlichen Stellen zu verlesen. Aus der Stellungnahme der Verteidiger aber ist schon zu entnehmen, daß die vom Vorsitzenden verlesenen Teile der Anklage nur ein schwaches Spiegelbild von dem wirklichen Inhalt der Anklageschrift geben. Wie muß eine Anklage beschaffen sein, deren sich die Verteidigung in einem politischen Prozeß zu Entlastungszwecken bedienen kann? Während diese Zeilen geschrieben werden, hält wahrscheinlich der Verfasser dieser Anklageschrift, Reichsanwalt Niehamer, seine „Anklagerede“. Wenn sie in Ton und Inhalt etwa dem entspricht, was die Verteidiger als den Gehalt der Anklageschrift andeuten, so wäre das allerdings ein einziger öffentlicher Skandal! Drei Jahre hat man gebraucht, um die Untersuchung gegen die Verschwörer um Ehrhardt — sagen wir höflich: hinauszuziehen! Drei Jahre hat man gebraucht, um jeden Zeugen, der sich meldete, bis in sein geheimstes Seelen- und Gedächtnisleben zu untersuchen, um dann schließlich vor der Welt bekunden zu können, daß es sich bei der ganzen Femeorganisation um eine aufgebauerte Bagatelle handele. Schon aus dem kurzen verlesenen Abschnitt der Anklageschrift kann man entnehmen, daß sie sich in einer Polemik gegen Abgeordnete, Zeitungsredaktionen, Länderregierungen und Polizeibeamte ergeht, die angesichts des Erzberger-Mordes, des Reichsmordes an Rathenau, des Nordversuchs gegen Scheidemann und all der völkischen Gewaltaktionen der letzten Jahre sich bemüht haben, Licht in das Dunkel der Landsknechtsverbände zu bringen. Niemand hat annehmen können, daß die Reichsanwaltschaft beim Staatsgerichtshof es als ihre Aufgabe betrachten würde, solche Organisationen mit dem Mantel beschönigender Liebe zu umkleiden, weil diese selbst sich darauf hinausredeten, daß sie in einer bestimmten Stunde ihre Landsknechtsdienste zur Verteidigung Oberschlesiens zur Verfügung gestellt hätten!

Wer sogar bei der Reichsanwaltschaft so liebevolle Aufnahme findet, wenn man mit so viel Glaubensstärke entgegenkommt, der hat freilich leichtes Spiel. Und ein Reichsanwalt, der sich in diesen Stunden nicht einmal daran erinnerte, daß der „Consul“ selbst einmal im Leipziger Untersuchungs-

Amerika und der Völkerbund.

Zunehmende Annäherung.

Washington, 24. Oktober. (W.B.) Durch Junkspruch, Präsident Coolidge hielt in der Handelskammer eine Rede, in der er seine Stellung zum Völkerbund nochmals betonte und hervorhob, daß Amerika bisher nicht beigetreten sei, um nicht in internationale Angelegenheiten, an denen Amerika nicht unmittelbar beteiligt sei, verwickelt zu werden. Dies schließt aber nicht aus, daß Amerika dem Schiedsgerichtshof im Haag beitrete und sich auch an internationalen Konferenzen beteilige, sofern hierdurch nicht eine Einmischung fremder Staaten in innere amerikanische Angelegenheiten zu befürchten sei.

Völkerbundkundgebung in Paris.

Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Sorbonne findet am Freitagabend in Anwesenheit des Präsidenten der Republik und unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine große Kundgebung für den Völkerbund statt. Außer dem Rektor der Universität, der zu gleicher Zeit Vorsitzender des französischen Aktionsausschusses für den Völkerbund ist, werden die Delegierten, die Frankreich auf der Genfer Konferenz vertreten haben, das Wort ergreifen.

Staatsstreik in China.

Peking besetzt.

Paris, 24. Oktober. (W.B.) „Chicago Tribune“ meldet aus Tientsin, daß die 11. Division der nationalen Armee unter dem General Fung Ju Hsiang, dem sogenannten „christlichen General“, in Peking gemarstert und die Stadt besetzt habe. Die Stadt sei vollkommen abgeschnitten.

Peking, 24. Oktober. (W.B.) General Fung Ju Hsiang, der gestern Abend in aller Ruhe und unerwartet Peking besetzt hat, befehligt die vollständige Kontrolle der Hauptstadt; alle Verbindungen sind abgeschnitten, die Stadttore geschlossen. Fung Ju Hsiang ließ eine Proklamation aufhängen, nach welcher er keinen Krieg führen will, der das Land ruiniert und den Verlust vieler Menschenleben zur Folge hat. Er hat eine Konferenz zwischen der Regierung und der Gegenseite einberufen, um dem Kriege Einhalt zu tun. Seine Truppen liegen als Garnison in Peking, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Ausländer zu schützen.

Der Präsident geflohen.

Tokio, 24. Oktober. (W.B. durch Junkspruch.) Nach einer Meldung der Agentur Kofusai aus Tientsin ist Tschou, Präsident von China, mit unbekanntem Ziel aus Peking geflohen.

Internationaler Stahlstreik? „Chicago Tribune“ meldet aus London, man plane die Bildung eines Verbandes aller Stahlindustriellen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands und Luxemburgs.

gejängnis gefesselt, bis ihn die Verschwörer seiner Geheimorganisation daraus gewaltig befreiten. — ein solcher Reichsanwalt ist wirklich wert, im Zeichen des Bürgerblods gegen die Patrioten der Kapp-Brigade plädieren zu dürfen. Man sollte aber meinen, daß er wenigstens die so demonstrativ in der deutschnationalen Presse veröffentlichten Erinnerungen des meineidigen Hochverraters gelesen und vor dem Staatsgerichtshof zur Sprache gebracht hätte. Aber weder er noch der Gerichtsvorsitzende hielten es für notwendig, auf diese frechen Aufzeichnungen Ehrhardt zurückzukommen. Das wäre ja auch gar zu peinlich! Denn aus ihnen wäre hervorgegangen, daß die Ehrhardt-Teute wochen- und monatelang die Befreiung ihres Consuls aus den Händen der Justiz betrieben, daß sie wochenlang nach Einbrecher- manieren an der Herstellung falscher Schlüssel gearbeitet haben, daß sie sich rühmen, ein Automobil gestohlen und den Diebstahl der französischen Besatzungs- truppe in die Schuhe geschoben zu haben. Kurz, schon aus diesen gedruckten Aufzeichnungen wäre das verbrecherische Treiben der O. C. ganz klar zu erweisen gewesen.

Statt aber diese Aufzeichnungen vor Gericht zur Sprache zu bringen, hüllt sich der Reichsanwalt in Schweigen. Und auch der Vorsitzende weiß von ihnen nichts. So kann es kommen, daß die Verteidigung sich aufs hohe Pferd setzt und an das patriotische Herz zu rühren sucht, um die einzelnen Angeklagten, die — trotz Geheimchrift, trotz Deck- obressen, trotz klaren Wortlauts der Femeisagungen — „nie von nichts nichts gewußt“ haben, als verfolgte Unschuldengel hinzustellen.

So konnte es kommen, daß die Tätigkeit der Organi- sation C. mit der Tragödie der politischen Morde begann und mit der Prozeßkomödie vor dem Staats- gerichtshof endete! Das Vertrauen in die Justiz der Republik wird freilich durch diesen Prozeß nicht erhöht. Man wird vergleichen die Schneidigkeit, mit der gegen Kommunisten vorgegangen wird, und die liebevolle Langmut, die den Verschwörern der ehemaligen Kapp- Brigade zuteil wird, wobei wir nur bedauern, daß sozial- demokratische Beisitzer beim Staatsgerichtshof genötigt sind, einer solchen Behandlung beizumohnen, ohne in der Lage zu sein, selbst die Beweisaufnahme in irgendeiner Richtung beeinflussen zu können.

Aber man soll sich vergewissern halten, daß in den Wahlen vom 7. Dezember auch abgeurteilt wird über die Verschwörer- gesellschaften und über eine Justiz, die ihrer Aufgabe für die Republik nicht gerecht wird!

Verteidigungsrede des Reichsanwalts.

Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages verkündete der Prä- sident, daß die Anträge der Verteidigung, Fragen darüber zu ver- nehmen, daß die Statuten der O. C. vor dem 15. September 1920 nur provisorisch gewesen seien, abgelehnt seien, da der Staatsgerichtshof dies als wahr unterstelle.

Darauf gab die Staatsverteidigung eine Erklärung ab, monach sie angesichts der schon dem Vorstehen geäußerten „Feststellungen“ über den Charakter der O. C. auf weitere Beweisanträge verzichte.

Sodann nahm der Reichsanwalt Riethammer das Wort zu seiner Anklage: Das gesamte Bild der Verhandlung, so führte er aus, ist so, wie die Anklage es aufgestrichelt hat. Was am März 1920 sich ergab ist bekannt. Es ist die Beteiligung Ehr- hardts am Un'nehmen Kapps. Nach der Auflösung der Brigade Ehrhardt bildeten sich dann die Offiziersvereine, deren Mitglieder sich nicht scheuten, mit dem Mann einen Verein zu gründen, der wegen Hochverrats verfolgt war. Ist dadurch nun eine Ver- schärfung des Strafmaßes gegeben? Dorenen wende ich ein: Wir haben hier nicht zu entscheiden, ob Kapitän Ehrhardt ein Hochverräter war. Ich spreche nicht für und nicht gegen Ehrhardt. Die Bestrafungen ehemaliger Truppenführer, für ihre Rolle im Frieden zu sorgen, können nicht straflos sein. Man blieb verbunden und als die Vorkämpfer kamen, stellte man sich zur Verfügung. Küllinger und Hoffmann hatten Grund zur Annahme, daß sie berechtigt waren,

ein Regiment gegen den Polenaufruf zu bilden. Sie mußten in aller Stille arbeiten und zur Zeit bereit- stehen. So mußten sie eine Organisation schaffen, mit Hoffmann an

der Spitze, mit Gruppen- und Unterführern, ganz militärisch. Aber Sagenungen waren nicht nötig, ja eigentlich unnötig. Doch brauchte man die feste Sicherung des Gehorsams und des Schweigens. Ueber Strafen verfügte man nicht und so wählte man die Feme. Daß die Angeklagten damit etwas anderes meinten, ist nicht anzunehmen. Ihre Erklärungen hierüber sind vollkommen glaubwürdig. (!!!) Aber nun bestand die Verordnung vom 24. Mai 1921, die die Bildung militärischer Verbände verbietet. Die Bezirke der O. C. waren groß und selbständig geworden und die einzelnen Verbände haben die ihnen gestellten, der Regie- rung bekannten Aufgaben einer Bildung des Regiments Süd überschritten. Sie verfolgten Ziele darüber hinaus, und das zeigen ja auch die Sagenungen. Hoffmann sagt ja selbst, man wolle einen vaterländisch-politischen Verein bilden, und Kautler als geistiger Schöpfer der Sagenungen gab zu diesem Zweck eine besonders eingestellte Z. und Z. heraus. Diese Ziele durfte die Regierung nicht kennen, da diese Bestrebungen doch dem Staat gefähr- lich werden konnten.

Am Schluß seines Plädoyers beantragte Reichsanwalt Rieth- hammer folgende Strafen: Gegen Hoffmann wegen Geheim- bündel unter erschwerenden Umständen zwei Monate 15 Tage Gefängnis, umzuwandeln in 750 M. Geldstrafe. Die Strafe sei als durch die ersttine Untersuchungsphase verbüßt zu betrachten. Gegen Küllinger wegen Geheimbündel zwei Monate Gefängnis, umzu- wandeln in 600 M. Geldstrafe. Die Strafe sei ebenfalls durch die ersttine Untersuchungsphase verbüßt. Gegen Kautler zwei Monate Gefängnis gleich 600 M. Geldstrafe. Gegen fünf weitere Angeklagte Strafen von 6 Wochen bis ein Monat oder 450 M. bis 300 M. Geldstrafe, die ebenfalls verbüßt sein sollen. Gegen Bege- lin beantragte der Reichsanwalt Freispruch von der Anklage der Geheimbündel, aber drei Monate Gefängnis wegen unerlaubten Waffenbesitzes unter Zustimmung mildernden Umständen. (Arbeiter, die nur einen Teil der Patronen haben, die Regeln vorheimsichte, kamen auf Jahre ins Zuchthaus! Red. d. B.) Gegen alle übrigen Angeklagten beantragte der Anklagevertreter Freisprechung.

Für Schutzvoll und Brotwucher!

Der Wahlaufruf des Reichslandbundes.

Die Präsidenten des Reichslandbundes veröffentlichten folgenden Wahlaufruf an die Mitglieder des Reichslandbundes:

„Die Reumutigen zum Reichstag und zu verschiedenen Land- tagen am 7. Dezember 1924 stellen das deutsche Landvolk vor ernste Entscheidungen. Durch des Gewirr der Aufrufe der einzelnen politischen Parteien und der widersprechenden Darlegungen der Parteipresse hindurch gilt es für die deutsche Landwirtschaft klar zu erkennen, um was es bei den kommenden Wahlen geht. Die deutsche Landwirtschaft kann ihr hohes vaterländisches Ziel, das deutsche Volk aus dem deutschen Boden zu ernähren, nur dann er- reichen, wenn die nationalpolitische Bedeutung des Schutzes und der Intensivierung der landwirt- schaftlichen Produktion von der Regierung anerkannt und gefördert wird. Das deutsche Landvolk kann keine kultur- und rassepolitische Aufgabe ein fester Quell der Erhaltung und Erneuerung deutschen Volkstums zu sein, nur dann verwirk- lichen, wenn es in seiner Eigenart auch in der Staatslei- tung selbst gehörend zur Geltung kommt. Es handelt sich also am 7. Dezember für uns darum, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Staatswille, der künftighin im Reich und in den Ländern herrscht, maßgebend in national- kultur- und wirtschaftspolitischen Hinsicht durch das deutsche Landvolk mitbestimmt wird. Wir halten es daher für unsere Pflicht, unsere Mitglieder aufzufordern, sich von Anfang an mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß nur solche Verantwortlichen auf die Stimmen des im Reichslandbund organisierten Landvolks zählen können, die rücksichtslos persönlich dafür eintreten, daß bei den kommenden Regierungsbildungen in Reich und Ländern Landvolk und Landwirtschaft ihrer Bedeutung und Stärke entsprechend in den Kabineten selbst vertreten sind. Die Lösung des Volkstums ist: „Für nationale und christliche Volksgemeinschaft, gegen Internationale und Klassen- kampfe!“

Hinter dem alten Schlagwort von der nationalpolitischen Bedeutung des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion verbirgt sich der Wille zum Hochschutz, zum Brotwucher. Mit aller Deutlichkeit wird ausgesprochen, daß die Agrarier die alte politische Vormachstellung der

Vorkriegszeit wiedergewinnen wollen. Sie wollen die städtische Bevölkerung, die Arbeiterklasse vor allen Dingen, wirtschaftlich ausbeuten und politisch unterdrücken. Die Auf- richtung der Klassenherrschaft des Groß- agrariertums ist das Ziel. Diese brutale Betonung des agrarischen Klassenwillens segelt unter der verlogenen Parole: „Gegen den Klassenkampf“.

Die Agrarier halten es damit wie die Großindustriellen. Unterdrückung von Mittelstand und Arbeiterklasse ist kein Klassenkampf, die Abwehr dieser Klassen aber, ihr Ringen um Freiheit und Existenz ist demokratischer Klassenkampf. „Gegen den Klassenkampf“ — das heißt, für die Klassenherrschaft von Großindustrie und Großagrarierum. Für Brotwucher, aber gegen den Klassenkampf — deutlicher kann die stöckreaktionäre Tendenz nicht gezeigt werden.

Nur für die Wahlen.

Der Führerersatz der Deutschnationalen.

Die Absehung von Herrn Hergt wird von der deutsch- nationalen Presse sehr vorsichtig ausgenommen. Man scheint das Gefühl zu haben, daß man die klaffende Risse in der Deutschnationalen Partei schon viel zu offensichtlich gezeigt hat und nun etwas für das Aufreihen nach außen in der Wahl- bewegung tun muß. Man spricht von Ueberbrückung der unbeding- ten Meinungsverschiedenheiten, von Sicherstellung der unbedingt notwendigen Geschlossenheit. Herr Windler soll diese Fassade zurecht schieben. Man wird trotzdem noch genug zu sehen bekommen. Bei der Kandidatenaufstellung werden die Unentwegten, die „Vaterländischen“ um den Hinauswurf der Jagar kämpfen. Es bleibt abzuwarten, ob Herr Windler dabei den Exekutor oder den Bremser, oder nur den Mann am Vorhang spielen soll.

Aber dieser Führerersatz selbst zeigt schon mehr Berwir- rung und Kläglichkeit, als er mit der schönsten Geschlossen- heitsfassade verbergen kann. Die Deutschnationalen wechseln mitten im Wahlkampf den Führer — aber sie nehmen sich statt des angeklügten großen Führers ein Surrogat, dessen Zeitweiligkeit von vornherein festgestellt wird. Der Grund liegt darin, daß sie eben keinen Führer haben. Woher ihn nehmen? Die „Deutsche Zeitung“ versichert ausdrücklich, daß Herr Windler ihr nicht genüge:

„Sorgfalt, Umsicht und Pflichttreue genügen eben nicht in einer vorwärtsstürmenden Kampfszeit, die rü- dichstose Entschlossenheit und tühnen Wagemut von den Bel'ern politischer Geschicke verlangt. Nicht latente Er- wägungen und seine Diplomatentünche des Wilhelmischen Zeit- alters tun unserer Gegenwart not, sondern fester Wille, zähe Härte und unbeirrbarer Zuversicht.“

Da hat Herr Hergt seine Quittung und Herr Windler einen gleichwertigen Bismarckengruß. Aber woher den Führer nehmen, der dem Idealbild der „Deutschen Zei- tung“ entspricht? Wo ist der geheimnisvolle große Unbe- kannte, wer kennt Straße und Hausnummer, wo er zu finden ist? Die „Deutsche Zeitung“ jedenfalls nicht. Sie sieht nur eine Möglichkeit, ihn ausfindig zu machen:

„Mögen die nicht mehr lange auf sich warten lassenden Neu- wahlen der Deutschnationalen Volkspartei einen Mann als Nachfolger Ergezelt Hergts an die Spitze stellen, der alle diese seltenen Eigenschaften in sich vereinigt.“

Wir glauben immer, durch demokratische Methoden würde das Heranzitren großer Führer verhindert, und nun sieht die „Deutsche Zeitung“ nur noch die einzige Hoffnung, daß in der Wahl der ideale Führer aus der anonymen Masse herausstraten werde. Die Führerkrise in der Deutsch- nationalen Partei hat erwiehen, daß durch die Methoden der kastenmäßigen Abschließung, des Oberklassenprivilegs die Ver- achung der Masse und ihrer lebendigen Kräfte nur verheerend und verstopfte Mittelmaßigkeit sich ergibt. Die Partei, die lärmend Anspruch auf die Führerrolle erhebt, fällt selbst von einem Führerfurrogat ins andere, um am Ende ihre Hoffnung auf die Führerauslese durch die Demokratie zu sehen.

Erst Hergt, nun Windler — ein völliger Bankrott der Anhänger des Autoritätsglaubens!

Die Goethe-Bühne.

In der Klosterstraße, wenige Schritte nur von dem lärmenden Getriebe des Alexanderparks, von dem großstädtischen Gedränge, der Unruhe, der Eile, der hast geschäftiger Menschen, in einem stillen Winkel, da wo das Glockenspiel der Barockturmsche Klumpernd anheimelnd klingt, haben sich in dieser Woche die Porten der Goethe-Bühne aufgetan. Was ist die Lore weit und die Lüren der Welt hoch, daß die Kunst mit Ehren erziehe! Eine kleine Gemeinde will sich aus dem Theaterlump Berlins auf diese abzweckende Insel stellen, um sich zu „innerer Sammlung und geist- licher Vertiefung“ zusammenzufinden. Der Deutsch-Russe Otto Peterson hat hier das vom Großen Kurfürsten für die Hugenotten errichtete Gemeindehaus zu einem kleinen Theater umgebaut, in würdigem Geschmack, mit freundlich-beller Feierschick. Die Bühne ist nach altem griechischen Muster dreiteilig, ein Traptischon. Eine Hauptbühne in der Mitte, zu beiden Seiten zwei kleinere Bühnen. Während auf der einen eine Szene gespielt wird, kann für die nächsten auf der anderen der Umbau in Ruhe vor sich gehen. Zeit- sparender auf der Erziehung für die moderne Drehbühne.

Nun wird Herr Peterson für seine „Kunstgemeinde der Goethe- Bühne“. Er verspricht nur solche dichterischen Schöpfungen aller Zeiten in den Spielplan aufzunehmen, die von überdem Wert sind und dem Zuschauer zum Erlebnis werden und verpricht sich etwas davon. Werden sich seine Doree verwirklichen lassen? In Berlin, in diesem Berlin? Die gestrige Aufführung fand vor halb- leerem Hause statt. Es war die zweite nach der Eröffnungsvor- stellung. Goethes „Natürliche Tochter“ heute anzuführen, heißt ein gewisses Experiment. In diesem Trauerspiel tritt uns nicht der Goethe entgegen, den wir lieben; fremd stehen wir vor dem Werk eines Dichters, dessen erhabene Wortkunst wir verehrend bewundern, bestrebt stehen wir vor der Wiskauung eines Dichters und Hoffmanns, die uns in weite Ferne gerückt ist. Goethe wollte den bewegenden Ideen der französischen Revolution in einer Trilogie dramatische Gestalt geben. Nur der erste Teil ist fertig geworden: „Die natürliche Tochter“. Die Trilogie des unehelichen Herjogs- Kindes das sein höchstes Glück darin sieht, durch die Huld des Königs den Hof der Geburt zu finden und als gleichberechtigt in häßliche Kreise aufzuzukommen zu werden, und das dadurch zum Spielball häßlicher Intrigue wird, diese Tragödie, in der Standesbewußtsein und Standesdünkel eine Haupt- und Staatsaktion darstellen, hat Goethe in einem Gefühl der Angewidertheit geschrieben, die er vor dem Treiben der französischen Revolutionäre empfand. Das dramati- schen Unbewegte Trauerspiel käme uns nicht näher, auch wenn die Charaktere weniger verworren gezeichnet wären. An dieser La- sache übertrifft nichts die hohen Worte, mit denen Herr Peterson die „Natürliche Tochter“ verkündet. Er sagt: „Fichte stellt die Natür- liche Tochter über Iphigene und Sphigenie. Er nannte das Werk das höchste Meisterstück des Reiches. Nur wie das Licht und ebenbü- ungergründlich, in jedem seiner Teile lebendig sich zusammenziehend, zur absoluten Einheit und zugleich in die Unendlichkeit zerfließend wie Jena.“ So konnte ein Fichte sprechen. Wir Junger haben inzwischen anderes gesehen und erlebt.

Die Darstellung steht auf anständigem Niveau, mehr nicht. Die Dichtung hat Schönheiten genug, um sie in eigenem Stil zu einem Erlebnis werden zu lassen. Was wir in der Goethe-Bühne sehen, ist weihenolle Deklamation. Der leuchtendste Stern der Bühne, Frau Elle Heims, besitzt zwar Routine, aber auch ihre Leistung ist nichts mehr als deklamatorisches Pathos. Die Darsteller sind nicht wiser die anheulische Ordnung einer Regie zusammengefaßt. Der eine spricht Schauspiel-Deutsch, der andere mit beständlichem Dialekt- klang. Der eine hat große tragische Bewegungen, der andere pendelt unruhig auf der Bühne umher. Am ausgeglichener ist Adolf Klein als König.

Ich fürchte, Herrn Petersons pietätvolle Tat wird ihm nicht lange Freude machen. Gewiß, man soll das Alte, auf dessen Boden das heutige entstanden ist, verehren, Ueberlieferung in liebender Sorgsamkeit pflegen. Aber die Zeit stürmt vorwärts... Die Goethe-Bühne ist an den Mundstunt angelockter und vor ihrem Tor führt die Treppe hinab zur Untergrundbahn. Die Zeit stürmt vorwärts... Ernst Degner.

Palucca.

Jeder Abend der Palucca zählt zu den Festabenden der Tanz- sation. Vor einem Jahre konnte kaum einer im Publikum ihren Namen, heute gibt es Begeisterung, die sie über die Wigman stellen. Solche Vergleiche sind stets vom Uebel. Die Wigman verkörpert eine Welt, die Palucca ist eine Persönlichkeit. Eine Persönlichkeit von so ausgeprägter Eigenart, daß jeder ihrer Tänze den Stempel ureigensten Erlebens trägt. Dieser jugendliche keine Kraftmensch mit dem festen Gassenjungenprofil ist eine Kämpferin, scheint mit dem Raum wie mit einem unsichtbaren Feinde zu ringen, mehrheit- mit festem, sicherem Parabelschritt zum Angriff aus, umkreist in wilden Sprüngen den Gegner, entzieht sich seinen Gegenstößen durch über- raschende Schwentungen und Wendungen, stürmt, stampft, steigt über die Bühne, fährt in freilebenden Wirbelstürmen durch die Luft und triumphiert schließlich über das letzte Chaos des Raumes, das durch Schritte, Sprünge und Schwingen zum harmonisch geordneten Kosmos gebildet wurde. Kraftbewußtsein des Ueberwinders spricht aus der Triumphparade, am Schluß einiger Tänze, frohlockender Sieges- übermut aus dem leichtschwingenden Laufen und aufschaukelnden Hüpfen des kleinen Helden, der den ungestalteten Soldat bezwang.

Der Zuschauer wird Zeuge eines Erlebens, das ihn nicht zur Befremdung kommen läßt, das ihn bei allem Benimm und des er- weder in Worte noch in Begriffe zu fassen vermag. Es sind keine dramatischen Bilder und Szenen, es sind die rhythmischen Spiele abstrakter Linien, Formen und Farben, die auf ihn wirken. Und doch hat er das sichere Gefühl: hinter diesen naturfornen Bewegungen steht ein Erwas, ein Wesen, das ich selber bin. Und der Rhythmus der Bewegung weist ein Etwas in seiner Seele. Jeder Schritt, jeder Sprung, jeder Stoß, jede Wendung, jeder Wirbel schwingt in seinem Körpergefühl mit. Am tiefsten Innern werden Seiten angeschlagen, die nicht leicht noch zu erklären.

Der Tanzabend der Palucca im Blüthnersaal ist an- fangs unter der hier selber üblichen Beleuchtungsstrahlen. Aber mit der dritten Programmnummer, dem an tänzerischen Rollen

überreichen „Crescendo“ war die Stimmung überwunden. Wir haben schon bekannte Tänze in neuer Durcharbeitung und wir lernten eine Reihe neuer Schöpfungen kennen. Die Entwicklungslinie geht auf klarere und durchsichtiger Gliederung der Kompositionen, deren Auf- bau heute schon von fast klassischer Schlichtheit ist, und auf Ent- merzen aller pantomimischen Anklänge und akrobatischen Effekte, die früher noch hier und da hörten. Die ans Wirberbare grenzende Technik sieht immer im Dienst rein künstlerischer Wirkungen und die dekorativen Schmuckel sind auf ein Mindestmaß beschränkt. Dabei Abstreifen alles äußeren Klambits: einfache Kostüme, schlichteste Auf- machung. Wigman-Stil in höchster Vollendung, verkörpert mit dem hinreichenden Flan und dem Nebenwärtig glänzenden Charme einer einzigartigen Künstlerpersönlichkeit.

Der Beifall des überfüllten Hauses wuchs mit jeder neuen Darbietung. Die Begeisterung steigerte sich schließlich zu einem Orkan: ein Teil des Publikums brach aus den Reihen und schien das Podium stürmen zu wollen.

Am 2. November werden wir Gelegenheit haben, die Pa- lucca auf der Bühne des Theaters am Bülowplatz in der diesjährigen ersten Tanzmatinee des Volksbühne zu sehen. John Schilowski.

Marconi über Verbesserungen der drahtlosen Telegraphie. Nach einer Londoner Meldung aus Athen traf dort Marconi zu kurzem Aufenthalt ein, nachdem er mit seiner dort „Cetina“ zur aben- stehenden Versuche über die Verbesserung der drahtlosen Telegraphie gemacht hat. Er erklärte: „Ich glaube das Problem der direkten drahtlosen Verbindung zwischen zwei Punkten des Erdballs ohne Benutzung von Zwischenstationen gelöst zu haben. Ich gelangte nicht nur zur völligen Isolation bei der Uebertragung von Nachrichten, die als absolut privat angesehen werden müssen, sondern ich erzielte auch eine große Geschwindigkeit, die uns in die Lage versetzen wird, die gegenwärtigen Gebühnen auf den zwanzigsten Teil herabzusetzen.“

Eine scheinliche Erfindung. Ein Mechaniker aus Königsgrätz erfand eine Maschine zur Herstellung von Hörnchen. Sie kann bei Bedienung durch drei Hebeln mehr als 3000 Stück Hörnchen pro Stunde herstellen. — Diese Erfindung stamme nur in einem Volk gemacht werden, von dem sein Wehrminister in öffentlicher Parlamentsrede sagte: „Wir sind eine Nation der Knödel und Gulaschen.“ Die Hörnchenmaschine ist erst der Anfang. Bald folgt die Umstellung der Stadwerke auf Knödel- mittelröhren und die Gulaschenrotation. Und das ist besser als Schwerartillerie und M-Gs.

Der diesjährige Nobelpreis für Physiologie und Medizin wurde dem Professor R. Glutschen in Londen zuerkannt.

Die Wiener Volksoper hat mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ihre finanziellen Mittel völlig erschöpft sind. Sie steht nun vor der Entscheidung, ob sie ihre Porten schließen soll oder nicht. Man legte Versuch hat Dr. Fritz Stehler, der Leiter des Unternehmens, nach unter- nommen, indem er ein Gesuch an den Bürgermeister von Wien richtete, um von der Stadt einen Zuschuß zu erhalten.

Shake-hand.

Wenn der Engländer und der Amerikaner einem die Hand schüttelt, ein „Shake-hand“ gibt, wie man das auf englisch nennt, so liegt darin viel mehr, als in dem lächlichen und meistens sehr oberflächlichen Handgeben des Deutschen. Das Shake-hand von Engländer und Amerikaner ist so etwas wie Treuebündnis und steht nicht selten an Stelle von Kontrakt und festsicheren Versprechen. Der Engländer und vor allem der Amerikaner schaut sich aber auch nicht im geringsten, festes und, man möchte fast sagen, freudiges Shake-hand jedem zu geben, den er dessen für wert hält, und er sieht dabei nicht ängstlich nach der Kleidung und der gesellschaftlichen Stellung des anderen, wie man das ja in dem Klassenstaat Deutschland von jeher gewohnt ist.

Eine kleine und bemerkenswerte Szene konnte man kürzlich vor dem Anhalter Bahnhof beobachten. Vor dem Bahnhofsgelände standen zwei große Automobiltourneerwagen, wie man sie von den Rundfahrten um Berlin kennt. Bestellt für Hotel Espinasse war auf jedem der Wagen zu lesen. In beiden Wagen saßen Amerikaner und Amerikanerinnen, denen man unschwer ansah, daß sie viel money besaßen und, wie man hierzulande sagt, zu der guten Gesellschaft gehören. Da der Tritt der Wagen ein wenig hoch über dem Pflaster liegt, und das Aussteigen lästig ist, stand neben dem Wagen einer der Begleiter, ein einfacher Mann, und war Männlein und Weiblein beim Aussteigen behilflich. Und nun ereignete sich das für uns Seltsame, ja für viele brave Deutsche Unfassliche: jeder der aussteigenden Herren und jede Dame gab dem Bedienten am Wagen die Hand, schüttelte sie mit viel Ernst und Nachdruck und bedankte sich auf das höflichste. Und die Damen hielten nicht mal Handschuhe auf den Händen! Wirklich, es war wie im Märchen!

In der Nähe standen zwei Dienstmänner, die sahen verständnislos und höchlichst verwundert auf diese Szene, und der eine meinte zum anderen: „Hast du Worte!“ Ja, weiß Gott, bei uns sollte ein „feiner Herr“ und eine „feine Dame“ einem Arbeiter mit einem freundlichen „Danke schön!“ die Hand schütteln! Die Welt müßte ja reinweg untergehen! Aber wenn nun der Wahlkampf kommt, dann werden die großmächtigen deutschnationalen Grafen und Barone auch dem Arbeiter die Hand schütteln zum Stimmzettel. Doch diese Shake-hand ist ebenso verlogen wie ihre ganze Politik.

Im Südexpreß verhaftet.

Zusammenarbeiten französischer und deutscher Kriminalpolizei.

Einem groß angelegten Bankbetrug verübte ein 27-jähriger Bankbeamter Max Unger aus der Schillerstraße, der seit Ende September von der Kriminalpolizei gefolgt und jetzt im Zustand der Verhaftung ist. Unger war bis zum 25. September d. J. bei einer hiesigen Großbank angestellt. Am nächsten Tage fuhr er nach Gießen und erholte dort bei einer Bank 120 000 Goldmark zum Nachteil des Berliner Bankhauses. Der Streich gelang ihm mit Hilfe eines französischen Bankbeamten. Die Kriminalpolizei ermittelte eine Spur, die nach Biarritz führte. Es wurde festgestellt, daß der Flüchtling, der mit mehreren Wägen verladen war, die Abfahrt hatte, von dort nach Paris zu fahren. Ein Berliner Kriminalkommissar wurde nach Biarritz geschickt, und setzte sich mit der französischen Kriminalpolizei in Verbindung. Gesehrt es den gemeinsamen Bemühungen, den Betrüger auf der Fahrt von Biarritz nach Paris im Südexpreß zu ermitteln und festzunehmen.

Das Haupt der Weisen.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir folgendes Inzerat:

Ermiene meinen

Sinterkast als Reklamesache.

Sein Eßger, vorderer Markt
Gülden unter 10.

Es ist begreiflich, daß jemand, der sich bewußt ist, nichts Brauchbares im Kopf zu haben, wenigstens die äußere Schale seines Hirnschaftens nützlich verwenden. Aber weshalb sich auf den Sinterkast beschließen? Es gibt doch noch andere umfangreiche Körperliche, die sich für Reklamesache eignen. Namentlich die politischen Parteien sollen sich die Wahlkampagne diese Verwendungsmöglichkeit nicht entgehen lassen. Rationalistische Plakate gehören unbedingt auf die Wand und Moosgegend, während andere bürgerliche Parteien ihre Aufmerksamkeit auf den hinteren Rücken können, da diese Plakate von den Empfängern ja doch früher oder später dahin geführt werden.

Im Rahmen der Mieterprotestwoche

Veranstaltet der Reichsbund deutscher Mieter, Bezirk Tiergarten, im Nationalhof, Bülowstr. 37, unter starker Teilnahme der Mieter aus allen Kreisen eine öffentliche Versammlung. Der Referent Genosse Thiele, der Vorsitzende des Bezirks Tiergarten, schilderte die Not der Mieter und den unerschütterlichen Anspruch der Hauswirte, die letzten Endes im Deutschen Reich eine Rente für sich beanspruchten, die 50 Milliarden Goldmark ausmachen würde. Amort waren die verarmten Mieter, daß die Deutschenationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei den Hauswirten durch ihre Anträge im Reichstag auf Befehlsweg zu diesem Profit verhelfen wollten. Die weiteren Ausführungen des Referenten gingen darauf hinaus, daß ein Abbau der Zwangsmitgliedschaft nicht zu denken sei. Nachdem mehrere Diskussionsredner sich in derselben Weise ausgesprochen, wurde die bereits gestern veröffentlichte Entschließung einstimmig angenommen.

Reichsbund deutscher Mieter, Bezirk Wedding, öffentliche Mieterversammlung heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr in der Schulaula Bülowstraße.

Die Vergünstigungssteuer.

Die Finanz- und Steuerdeputation hat sich ernst eingehend mit der Vergünstigungssteuer beschäftigt. Die Nachprüfung und evtl. Änderung der Steuerordnung selbst durch eine Novelle wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Insbesondere wurde in Aussicht genommen, daß später vom Steuerzuschuß der Stadtverordnetenversammlung die Berechtigungen der Interessenten erneut angefordert werden sollen. Da die Geltungsdauer der für die Sommermonate feinerzeit ermittelten Steuerhöhe mit dem 22. Oktober abläuft, ist für die Zeit bis zum Ende des Jahres eine vorläufige Regelung getroffen worden, die den jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch Herabsetzung der Steuerhöhe Rechnung zu tragen versucht. Die neuen Sätze liegen meist zwischen den bisherigen Sommerermäßigungen und den verhältnismäßigen Sätzen. Der Magistrat ist den Beschlüssen heute nach Abänderung einiger Punkte im wesentlichen beigetreten. Die neuen provisorischen Sätze werden vom 23. Oktober ab erhoben und betragen: für Theater, Vorträge und Konzerte ohne Konsum 10 Proz., für Zirkusse und Varietés ohne Konsum 15 Proz., für Lichtbildtheater allgemein 18 Proz., jedoch für volkstümliche Filme, die von dem dafür eingesetzten Ausschuss als solche anerkannt sind, 12 Proz. für Kaffeekonzerte ist die Mindeststeuer mit 5 Pf. für den Besucher, an Stelle der verhältnismäßigen 10 Pf., vorläufig beibehalten.

Berlin bekommt ein Planetarium. Mit der Firma Carl Zeiss in Jena hat der Berliner Magistrat Verhandlungen angeknüpft, zur Schaffung eines Planetariums für Berlin.

Der Berliner Magistrat will dafür 1/2 Million Mark bewilligen. Als Aufstellungsplatz käme das Gelände des Zoologischen Gartens in Frage.

Tüchtige „Fachleute“.

„Sozialistische Mißwirtschaft in Groß-Berlin.“

Unter dieser Überschrift erschien in einem illustrierten Provinzblatt folgende Notiz:
„Die Latenden von Fachwissen nicht beschwerten sozialistische Berliner Stadträte werden durch obiges Bild am besten hervorgehoben. Ende Juli d. J. wurde in der Wilhelm-Potemkin-Straße in Mariendorf bei Berlin von einem Kraftwagen ein Mast der Hochspannungsleitung angefahren und umgestürzt. Mitte Oktober ist man immer noch nicht so weit, die Straße für den Verkehr wieder freizugeben, da die im August begonnenen Arbeiten seit Monaten nicht mehr fortgesetzt werden. Tüchtige Fachleute an Stelle der sozialistischen Parteibonzen hätten schon längst für Ordnung gesorgt.“
Hierzu wird uns mitgeteilt, daß die für diese Anlage in Frage kommenden „Fachleute“ Mitglieder der Deutschen Volkspartei und „Fachleute“ sind. Der Deputierter für das Verkehrsamt ist Jurist, der andere Regierungsbaumeister.

Die Feierstunde

der Sozialistischen Arbeiterjugend anlässlich des 20-jährigen Bestehens findet im Gr. Schauspielhaus am Sonntag, den 26. Oktober statt. Der Bezirksvorstand.

a. D. Ueber ihre Tüchtigkeit, kann man sich aus folgenden zwei niedlichen Beispielen ein Urteil bilden. Beim Bau eines Kinderheims in Tempelhof war vergessen worden die Kindertafel einzubauen. Der Herr Regierungsbaumeister a. D. mußte sich von seinen eigenen Parteifreunden diese Tat als Schuldvergehen bezeichnen lassen. Er entschuldigte sich damit, daß er „Kindertafel“ als „Stil“, damit meinte er „Rechtspflege“, für ausreichend gehalten habe. Mit erheblichen Kosten wurden nachträglich „Kindertafel“ neu „eingebaut“. Weiter mußten sich auf Veranlassung der beiden Herren, die der Baudeputation vorstehen, diese sowohl als auch andere Bezirkskörperschaften in mehreren Sitzungen um einen Namen für eine Straße in Lichtenrade obquälen, bis sich herausstellte, daß die Straße gar keine Straße, sondern nur ein schmaler Durchgang ist.

Beide Herren sind von der bürgerlichen Fraktion ausser Acht worden, nach dem Abbau unseres Genossen Bürgermeister Groß den Bezirk als Bürgermeister bzw. Stellvertreter der Bürgermeister zu stellen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Falsche Kriminalbeamte verübten in der vergangenen Nacht im Südwesten der Stadt großen Unfug. Ein Kaufmann Siegmund A. aus der Prinzenstraße stand gegen 3 Uhr mit einem Mädchen an der Ecke der Wäldchenstraße und des holländischen Ufers. Da traten zwei Männer an ihn heran und fragten ihn, was er da zu tun habe. Ohne erst eine Antwort abzuwarten, behaupteten sie, sie seien Kriminalbeamte, jenen Gummirollen und forderten ihn auf, die Hände hochzuheben, damit sie ihn durchsuchen könnten. Als auf seine Klage eine Polizeistreife herankam, ergriffen die beiden die Flucht, wurden aber nach längerer Jagd erwischt und als zwei Kriminelle festgenommen, die auf dem Heimwege von ihrer Arbeitsstelle waren. Es hätte sie gefehlt, einmal „Kriminalbeamte“ zu spielen. Dafür werden sie jetzt wegen Unsanftmütigkeit und großen Unfugs sich zu verantworten haben.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung. Am Sonntag, den 26. Oktober, finden wieder Besichtigungen der Betriebsanlagen in Lichtenberg statt, und zwar: Vorm. 8 1/2 Uhr für die Abgabestellen 7, 24, 33, 34, 36, 85, 127, 138 und 144 (7. Abteilung); vorm. 9 1/2 Uhr für die Abgabestellen 14, 16, 17, 58, 95, 97, 105, 124, 132 und 151 (6. Abteilung); vorm. 10 1/2 Uhr für die Abgabestellen 11, 21, 83, 91, 94, 106, 120, 131, 134, 146, 147, 148, 154 und 164 (5. Abteilung); vorm. 11 1/2 Uhr für die Abgabestellen 12, 13, 41, 43, 56, 68, 98 und 143 (16. Abteilung). Alle Freunde der Genossenschaft sind hierzu eingeladen!

Schafft Winterkleidung für Bedürftige. Vom Roidienst Berliner Frauen werden wir gebeten, folgendem Aufruf Raum zu gewähren: Bei Beginn der kalten Jahreszeit tritt die Nachfrage nach warmen Kleidungsstücken in immer stärkerer Weise an den Roidienst der Berliner Frauen heran. Der Roidienst hat in den 20 Groß-Berliner Bezirken Kleiderkammern errichtet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die bedürftige Bevölkerung, die selber dazu nicht imstande ist, mit der notwendigen Kleidung für sich und vor allem für ihre Kinder zu versehen. Die Bestände fast aller dieser Kleiderkammern sind bereits erschöpft; an meisten ist dies in den armen Bezirken der Fall, in denen die Nachfrage nach warmer Winterkleidung besonders groß ist. Besonders groß ist die Not in Lichtenberg. Wer über irgendwelche unbedürftigen Kleidungsstücke verfügt, wird hierdurch herzlich gebeten, sie der Lichtenberger Kleiderkammer zur Verfügung zu stellen. Er tut damit ein gutes Werk, denn die Sachen können nur nach genauer Prüfung der Verhältnisse den Ärmsten der Armen und vor allem den Kindern zugute, die ohne diese Hilfe dem strengen Winter ohne genügende Kleidung und schützendes Schuhwerk mit banger Sorge entgegensehen. Die Sachen werden in der Kleiderkammer Lichtenberg, Türschmidtstr. 25 am Montag, Donnerstag und Freitag von 2 bis 1/2 Uhr in Empfang genommen oder auf Wunsch abgeholt. In diesem Falle genügt eine Postkarte.

Die Mittel für Brennmaterialienunterstützungen an Hilfsbedürftige sind vom Magistrat von 788 000 M. auf 1 200 000 M. erhöht worden.

Teile Turnerische Groß-Berlin. Heute, Freitag, 7 Uhr, Turnausführung Schule Gipsstr. 23. Dazu die Turnkarte und Interessenten der Abteilungen jeweils Besichtigung.

Der Arbeitergenossenschaft „Hoffnung“-Spandau hält heute Freitag abend 7 1/2 Uhr, in Spandau in Kochs Bismarck-Sälen, Fridstr. 52, sein diesjähriges Herbstkonzert ab. Zur Aufführung gelangt unter anderem „An der Wolga“, Julius russischer Volkslied für Orchester, gemischten Chor und Regitation.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Postsekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

121. Abt. Nieder-Schlesische. Sonnabend, den 25. 7 1/2 Uhr, Funktionärsführung im Hotel Kubold.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

129. Abt. Regel. Am Mittwoch früh ist plötzlich der Schloffer Genosse Wilhelm Reinmann verstorben. Einsegnung, den 25., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Reinmannstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Besitztitel: Berlin G. 14, Schallstraße, 37/38, Hof 1. Er.
Kameradschaft „Hilfsarmee“, Sonnabend, den 23., abends 8 Uhr, Oberrealschule am Scharf (Pöndelburg-Schule) Treffen der geliebten Kameradschaft zwecks Einleitung zur Potsdam-Fahrt und Ausgabe von Hilfen.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Unternehmer für den Achtstundentag.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Professor Lujo Brentano Angaben, die er von einem der größten Berliner Tuchfabrikanten, Herrn George Willers Neumark, über die Wirkungen des Achtstundentages auf die Produktion erhalten hat. Professor Lujo Brentano teilt aus dem ihm zugestellten umfangreichen Bericht folgende Einzelheiten mit:

„Am Jahre 1913 betrug die Arbeitsdauer 53 Stunden die Woche, nach dem Ariege 48. In der Weberei erfolgte die erste Untersuchung über Arbeitsleistungen und Arbeitsintensität auf Grund der Leistung per „Stück“. Die Leistung per Web- und Arbeitsstunde im Jahre 1913 mit 1 angenommen, ergab für 1922 eine Steigerung der Arbeitsintensität auf 1,6045, also um nicht weniger als 60 Proz. Die Stundenleistung von 1913 mit 53, die von 1922 mit 48 multipliziert, ergab für 1913 1,2752, für 1922 1,6045. Da diese Ergebnisse für 1922 ein zu günstiges Bild ergaben, wurde versucht, die angegebene Ziffer auf Grund der durchschnittlichen Schußzahl per Stück für die einzelnen Jahre umzurechnen; dabei ergab sich im Vergleich zu der für das Jahr 1913 mit 1 angenommenen Arbeitsintensität eine Verbesserung der Arbeitsintensität für das Jahr 1922 auf 1,887, also um beinahe 90 Proz. Diese reicht indes nicht aus, um das absolute Gleichgewicht der absoluten Wochenleistungen wiederherzustellen; die Umrechnung ergibt, daß die Wochenleistung 98,37834 Proz. der Wochenleistung des Jahres 1913 entspricht. Aber, sagt der Bericht hinzu, auf Grund der Strenge der Schätzungen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die effektive Leistung diejenige des Jahres 1913 mindestens erreicht und wahrscheinlich überschritten hat. Die Abschlußzahlen der Weberei des Jahres 1922 zeigen noch wesentlich günstigere Ergebnisse als die des Jahres 1922. Bei Annahme einer Arbeitsstundenintensität für das Jahr 1913 von 1 beträgt die für das Jahr 1922 1,789 575; sie war also um rund 79 Proz. größer. Die absolute Wochenleistung beträgt 1,888 591,2 gegen die mit 1 angenommene absolute Wochenleistung des Jahres 1913. Wird dieselbe Operation auf Grund der durchschnittlichen Schußzahl vorgenommen, so lautet die Ziffer für die Arbeitsintensität im Jahre 1922 1,360 247,4 im Vergleich mit der mit 1 angenommenen des Jahres 1913, sie bedeutet also eine Verbesserung um rund 36 Proz. Nicht anders sieht es mit der Spinnerei. Auch hier stellen die Ergebnisse der 48-Stunden-Woche ein ungewöhnlich günstiges Zeugnis aus. Der Bericht Neumarks schließt mit den Worten: „Es ist also ein ziemlich lächerlicher Beweis erbracht, daß die Arbeit des Achtstundentages sowohl relativ als auch absolut die günstigere ist.“

Professor Brentano hat den Industriellen gefragt, ob etwa seit Einführung der 48-Stunden-Woche große technische Verbesserungen vorgenommen worden seien, worauf ihm erwidert wurde, daß diese unerheblich seien.

„Dagegen hat er die ganze erzielte Mehrleistung der gleichzeitigen mit der Durchführung des Achtstundentages vorgenommenen Verbesserung in der ökonomischen Betriebsorganisation zugeschrieben. Zur Zeit der 53-Stunden-Woche waren die Arbeiter gegen Lohn beschäftigt worden; mit der Einführung des Achtstundentages hat Herr Neumark ein Prämien-system eingeführt, dem er die Steigerung der Arbeitsintensität zuschreibt. Die Durchführung derselben hat allerdings gleichfalls größeren Kapitalaufwand mit sich gebracht; denn wenn ich, wie Herr Neumark, einem Arbeiter, der bisher 30 Kronen verdient hat, Prämien in Aussicht stelle, vermöge deren er nun 31 oder 32 Kronen verdienen kann, so hat dies selbstverständlich gar keinen Einfluß auf seine Leistung. Wenn ich ihm dagegen Prämien in Aussicht stelle, vermöge deren er, falls seine Leistung einen bestimmten Betrag erreicht, 50 Kronen, bei etwas geringerer Leistung 40 Kronen, bei noch geringerer 35 Kronen usw. verdient, kann ich mit Sicherheit entsprechende Verbesserungen erwarten.“

So der Berliner Tuchfabrikant. Unsere deutschen Industriellen geben den umgekehrten Weg. Sie drücken die Böden und glauben, dadurch den Arbeiter zu einer größeren Arbeitsintensität anzuspornen. Sie wollen sich eben nicht auf den Achtstundentag einstellen. Sie sind wirtschaftlich ebenso rückständig wie politisch. Sie müssen deshalb zum Fortschritt gezwungen werden. Das kann nur durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie geschehen, vor allem auch am 7. Dezember.

Zum Konflikt in den Gas- und Wasserwerken.

Vergebens bemüht sich das Volkswirtschaftsblatt, sich jetzt herauszuschreiben. Es schrieb, daß die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder beim NDBB. vorstellig wurden, damit dieser helfe, den Achtstundentag abzuwickeln, während ihr Gewährsmann ganz richtig geschrieben hatte, daß die Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes alles in Bewegung gesetzt hat, um den Achtstundentag zurückzuerobern. Das ist ihr auch gelungen. Daher die But der „Roten Fahne“. Unter den abscheulichen oder unglücklichen Meinungsäußerungen des Volkswirtschaftsblattes befindet sich auch die Mitteilung, daß in jener Sitzung, zu der auch Ausschüsse der Gas- und Wasserwerke zugezogen waren, sich kein Komitee gebildet hätte. Tatsächlich war auch das kommunistische Ausschussmitglied Kamin anwesend.

Erhellend ist die Moralpanne, die sich die „Rote Fahne“ uns gegenüber leistet. Das Blatt, das die blutigen Grenz in Georant bedt, das Propaganda macht für die imperialistische Politik Rußlands in China, das zu dem standhaften Anreizberufem in Sowjetrußland schweigt, behauptet, es habe die Stellungnahme der kommunistischen Gemeindegewerkschaft zum dem Abkommen „schon kritisiert“, während wir „selbst große Gemeindegewerkschaften“ von Gemeindegewerkschaften bester, wenn diese unsere Parteigenossen sind. Ueber Monatsberichte mit der „Roten Fahne“ zu diskutieren, hieße einem Farbenblinden die Schönheit eines Sonnenuntergangs berechnen lassen wollen. In Wirklichkeit hat die „Rote Fahne“ bisher überhaupt verschwiegen, daß die Kommunisten im Gemeindegewerkschaftsverband für das Abkommen gestimmt und gesprochen haben. Sie behauptet aber, daß unsere Genossen die Arbeiter „verkauft“ und „verraten“ hätten. Nachdem sie nicht mehr anders kann, gibt sie kleinlaut zu, daß unsere Genossen „ihre Möglichstes tun, um den Achtstundentag zu erhalten“. Sie seien aber dem Druck einer „höheren“ Stelle gewichen. Das ist natürlich „höherer“ Widerspruch. Die Gemeindegewerkschaften sind die kommunikalischen Funktionäre indirekt zum Dofen gefallen. Das wäre ein „Fehler“ gemeint. Also nicht: „verkauft und verraten“?

Die Verhandlungen mit der Gasbetriebsgesellschaft Niederbarnim, die von der Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes geführt werden, haben bereits zu dem Ergebnis geführt, daß ab 30. September eine Erhöhung des Stundenlohres um 5 Pf. eintritt. Weiter wurde vereinbart, daß das Abkommen mit den Berliner städtischen Gas- und Wasserwerken bezüglich der Arbeitszeit auch für die Gasgesellschaft Niederbarnim Geltung hat. Für die weiteren Bestimmungen des Tarifvertrages wurde der Schiedsspruch für die Gasbetriebsgesellschaft zur Grundlage genommen. Der Vertrag läuft bis zum 30. September 1924.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Ernst Götter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Kultur: Karl Götter; Dr. John Schilke; Redakteur: Karl Götter; Anzeigen: Dr. Götter; Druck: Götter; Berlin; Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin G. m. b. H., Unter den Eichen 1.

